

ANTRAG 3

Stopp von Strom- und Gaspreiserhöhungen

**an die 171. Hauptversammlung
der Bundesarbeiterkammer am 2.12.2021**

Die 171. Hauptversammlung der Bundesarbeiterkammer beschließt sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Maßnahmen zu setzen, auf heimische Energieversorgungsunternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, entsprechend einzuwirken, um von Strom- und Gaspreiserhöhungen Abstand zu nehmen.

Begründung:

Die gestiegene Inflationsrate stellt auch eine massive Belastung der, durch die Corona-Politik bereits massiv belasteten Bürger dar. Reinhold Baudisch, von der Vergleichsplattform durchblicker.at, „geht von rund 500,- Euro aus, die ein Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden (kWh) Strom und 15.000 kWh Gas mehr zahlen muss, 400,- Euro allein für Gas.“

Der Großhandelspreis von Erdgas ist seit Jahresbeginn um rund 440 Prozent gestiegen. Gas wird genutzt zum Heizen, aber auch zur Stromerzeugung – der fossile Brennstoff hat also auch Einfluss, wie viel Strom kostet. In Deutschland ist Strom an der Börse seit Jänner um 140 Prozent teurer geworden. Das ist der maßgebliche Markt, der die Preisbildung bei Strom auch in Österreich bestimmt. Während in Deutschland, wo ein CO₂-Preis auf Kohle, Benzin, Diesel, Heizöl und Gas (25,- Euro/Tonne) Anfang 2021 eingeführt wurde, schon etliche Versorger Preiserhöhungen durchgeführt haben, hat sich in Österreich bisher nur Montana aus der Deckung gewagt. Der aus Deutschland stammende Energiehändler verteuert den Arbeitspreis für Gas ab November um 67 Prozent. (Standard, 05.10.2021)

Allein die CO₂-Steuer, die ab Mitte des Jahres 2022 Treibstoffe, Öl und Gas verteuern wird, wird in weiterer Folge das Heizen für viele Menschen unleistbar machen. Herbert Lechner, von der Energieagentur, rechnet damit, dass Bewohner von Einfamilienhäusern, die beispielsweise mit Gas heizen, dann mit Mehrkosten von 220,- Euro und jene mit Öl sogar 290,- Euro rechnen müssen.

Der in diesem Zusammenhang in Aussicht gestellte Klimabonus in der Höhe von 100,- bis 200,- Euro jährlich kann vor dem Hintergrund dieser Teuerungen nur als Hohn bezeichnet werden und deckt die zusätzlich verursachten Mehrkosten für Energie, Heizen und vor allem Treibstoffe bei weitem nicht ab.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--